

Berliner Tageblatt

Nr. 288 und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Bevorstehende Kammerrede Poincarés.

Poincarés „Zufriedenheit“ mit den Londoner Besprechungen.

Die französische und die englische Darstellung. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 21. Juni.

Poincaré scheint von der Unterhaltung in London sehr befriedigt zu sein. In seiner Umgebung wird gesagt, die Aussprache mit Lloyd George sei zwar kein Erfolg gewesen, habe aber innerlich Ergebnisse gehabt. Es sei unklar, daß die beiden Premierminister einander mit „gespielter Höflichkeit“ begegnet seien, wie eine Zeitung erwähnt. Die Unterhaltung ist freundschaftlich und aufrichtig gewesen. Lloyd George habe in seiner Beziehung die Kampfstimme vertreten, die ihm zugeschrieben wird, weit eher sei er melancholisch gewesen. Die Enttäuschung von Genoa drübe ihn nieder. Als ein Beweis für die veränderte Stimmung des englischen Premierministers wird von einigen Blättern mitgeteilt, daß Lloyd George sich in der letzten Zeit dem französischen Freund Cord D'Orly genähert habe. Viele neue Freundschaften heute auf die Absicht hin, Frankreich günstig zu sein. Auch die einzelnen Gegenstände sind nach der offiziellen französischen Auffassung in einer Weise besprochen worden, die dem Wunschgefühle Poincarés nicht nachgebe, aber doch entgegenkomme. Heber den Haag sei man völlig einig. Belgien, England und Frankreich hätten für die Beratungen mit den Russen das gleiche Programm. Die Ansicht Lloyd Georges über die Reparationsfrage sei von den Herren Sir John Bradburns sehr verschieden. Lloyd George glaube nicht, daß jetzt die Zeit gekommen sei, eine Beratung der deutschen Schuldsumme vorzunehmen, da Deutschland im Augenblick auf dem tiefsten Niveau der Zahlungsmöglichkeit angekommen sei. Jede Forderung von größeren Entschädigungen würde ohne Bedeutung bleiben. (2) Lange nicht das Deutsche Reich selbst eine bemerkbare Mitwirkung gemacht habe, seine Finanzen zu ordnen. An eine Kompensation der Kriegsschulden unter den Verbündeten könne erst dann gedacht werden, wenn Amerika seine jetzige Anschauung geändert habe. Daß diese Informationen die wahre Stimmung Lloyd Georges wiedergeben, erscheint wenig sicher. Sie sind offenbar von der Idee bestritten, auf die öffentliche Meinung Frankreichs zu wirken und helfen die Tatsachen so dar, wie Poincaré sie gemüht hätte. Der amtliche englische Bericht zeigt eine ganz andere Art der Betrachtung und betont besonders eine Tatsache, über die in Paris so gut wie gar nicht gesprochen wird, daß nämlich bis zu einer neuen Beratung der leitenden Männer von Sanktionen gegen Deutschland nicht die Rede sein darf. „Abolergamme“ konstatiert, daß die Unterhaltung viel Neues nicht ergeben habe, und daß keiner der beiden Premierminister seine Position habe aufgeben wollen. Doch sei die

grundtägliche Erklärung nicht bedeutungslos gewesen. Poincaré selbst wird am 30. Juni in der Kammer verhandeln, was er über die Situation zu sagen hat. Einige Tage später wird er, wie dem „Echo de Paris“ mitgeteilt wird, bei einem Banquet noch einmal über die politischen Fragen sprechen und bei dieser Gelegenheit Punkte betonen, die nicht minder wichtig sind, als die in den Interpellationen vorgebracht. Diese Unterhaltung entspricht dem Wunschgefühle Poincarés, sich auch einmal über die innere Politik, wie er es für nötig hält, auszuprobieren. Er muß jetzt zwischen seinen Freunden auf der Rechten und den Republikanern auf der Linken wählen.

Paris, 21. Juni. (W. L. B.)

In der Kammer sind weitere drei Interpellationen über die Reparationspolitik der Regierung eingebracht. Unter den Interpellanten befinden sich der sozialistische Abgeordnete Léon Lum, der die Frage stellt, wie die Regierung das Reparationsproblem auffasse, und der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant, der über die Sanierung der finanziellen Lage Frankreichs interpelliert.

Bei der gestrigen fortgesetzten Beratung über das Militärdienstpflichtgesetz wurde in der Kammer ein Amendement des Abgeordneten de Montjoie mit 289 gegen 257 Stimmen abgelehnt, wonach das Militärdienstpflichtgesetz alle fünf Jahre nachgeprüft und gegebenenfalls im Rahmen der Bedürfnisse der nationalen Verteidigung abgeändert werden sollte. Heute liegt ein Amendement Abre Defébres vor, die Dienstzeit auf zwei Jahre festzusetzen.

Der „Welt Posten“ schreibt, daß beste Mittel, zu einem vollkommenen Einverständnis mit England zu gelangen, wäre zweifellos, einen Ausgleich der Interessen vorzunehmen wie 1904, als die Entente cordiale entstand. Das würde Interesse Großbritanniens liege nach Ansicht der britischen Liberalen oder konservativen Minister in Konstantinopel, in Kleinasien, kurzum in allen Gebieten, die Indien benachbart seien. Das würde Interesse Frankreichs liege am Rhein. Dort habe es die englische Grundpolitik und das englische Vertrauen nötig, um Zahlung zu erlangen, und um Frankreichs vollkommene Sicherheit mit möglichst geringen Kosten zu gewährleisten und um mit möglichst geringer Gefahr im Falle eventuellen schlechten Willens Deutschlands Sanktionen verhängen zu können. „Wenn“ so schließt das Blatt, „unser beiden Völker und unsere beiden Regierungen diese Lage seit 1910 immer gut verstanden hätten, dann dürfte heute der Wiederaufbau Europas etwas weiter vorangetrieben gegangen sein.“

London, 21. Juni. (W. L. B.)

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, daß die französische Antwort auf die letzte britische Note in der türkischen Frage im heutigen auswärtigen Amt eingetroffen ist. Möglich, die französische Antwort freundschaftlich im Tone sei, fördere sie die Angelegenheit nicht.

Das neue Mietengesetz.

Die preussische Ausführungsverordnung.

Gen. (Nachdruck verboten.) Stadtrat Brumby.

Man kann von zwei Grundpfeilern des Reichsmietengesetzes sprechen, und zwar hat den einen die Vermieterhaft, den anderen die Mieterhaft als Ziel. Der erstere ist der Charakter der gesetzlichen Miete als Mietvertrag mehr, es bedarf keiner Aufkündigung der Mietverträge mehr, um sie zu erlangen, und sie ändert sich automatisch, sobald die allgemeinen Zuschläge beim Sinken oder Steigen der Preise für die Hauskosten anders festgelegt werden. Dagegen beruht der Pfeiler zugunsten der Mieterhaft in dem festhalten an der Grundstücksrente der Vorkriegszeit. Das erreicht das Reichsgesetz dadurch, daß es aus der Friedensmiete herauskühlt, was nicht zum Renten-, sondern zum Kapitalteil der Miete gehörte, um auf dieser sogenannten Grundmiete die Abgeltung der Kosten in ihrer gegenwärtigen Preisgröße ist. Aufgabe der Ausführungsverordnung ist es, diesen letzteren Pfeiler weiter auszubauen. Man kann von zwei Systemen sprechen, die dabei eine Rolle spielen: die Pauschalabgeltung und Effektiv-Ilmsage. Denn die einzelnen Kategorien können entweder durch einen allgemeinen Prozentsatz der Grundmiete festgelegt oder in ihrer tatsächlichen Höhe auf die einzelnen Hausmietearten umgelegt werden.

Der Gemeindebehörde wird von der Ausführungsverordnung die Wahl zwischen den beiden Systemen bei den Betriebskosten, Reparaturen und den großen Reparaturen überlassen.

Dieserjenige Betriebskosten, die keine öffentlich-rechtlichen Leistungen sind, müssen aber proportional begrenzt werden, damit jede Abwehr, sie zu verteuern, ausgeschlossen wird. Diese Limitierung vermeidet einmal die Unangenehmkeit jeder Pauschalrechnung und kann andererseits die Mieter, wenn sie sich in der Höhe ihres Verbrauchs belassen wissen, zur Sparsamkeit erziehen. Die Gemeindebehörde mag dann, wie das zum Beispiel in Dresden bereits geschieht, einen allgemeinen Hunderttag lediglich als Vorbehalt festlegen.

Als Reparaturen kann die Gemeindebehörde diejenigen Arbeiten der laufenden Instandhaltung, die hauswirtschaftlich nicht unbedingt notwendig sind, von dem allgemeinen Zuschlag für kleinere Reparaturen ausnehmen. Die sonstigen Kosten hat jeder Mieter nur zu tragen, wo er seinen eigenen Mietraum betrifft; er kann die Handwerker bestimmen und bei genügender Befähigung die Arbeiten selber ausführen. Strei über die Notwendigkeit dieser Reparaturen entscheidet die Gemeindebehörde bzw. eine von ihr (bei unentgeltlicher Verfügung der Werkstoffe) eingeleitete paritätische Schlichtungsstelle. Die Herausnahme von Reparaturen aus dem allgemeinen Reparaturbegriff verlangt natürlich eine verhältnismäßige Niedrighaltung des allgemeinen Prozentsatzes. Ihr Vorteil ist eine Vermeidung des Streites der Mitbewohner darüber, welche Wohnungsverhalten als vordringlich zu bezeichnen und vor den von anderen Mitbewohnern gewünschten Reparaturen auszuführen ist.

Bei den großen Reparaturen kann die Gemeindebehörde die Pauschalabgeltung in Hundertstufen dadurch vermeiden, daß das Mietungensamt bestimmt wird im einzelnen Falle auf Antrag des Vermieters einen Zuschlag festzusetzen, der der wirtschaftlichen Lage des Hauses entspricht, aber auch die persönlichen Lage des Parteien berücksichtigen und die Berechnung des Vermieters vorziehen kann. Diese Festsetzung, die erst im Reparaturfall vorliegen und deshalb die Mieter nicht aus Ungelegenheit hebellet, ist ein Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Verfahren nach § 10 der höchstmietengesetzlichen Verordnung, da es nicht mehr des langwierigen Nachweises der Unentbehrlichkeit bedarf, sondern doch der Aufzählung der gesetzlichen Miete einen Ueberzuschlag für große Reparaturen ohne weiteres aus. Weiterhin kann jetzt aber auch das Mietungensamt-Verfahren kombiniert werden mit der Weise aus dem Kuraleihsfonds. Die Schaffung eines solchen Fonds aus Zuschlägen zur Wohnungsabgabe dürfte dringend zu befürworten sein, da die Beihilfe aus diesem Fonds den Schäden aus der besonderen Schadhafigkeit eines Hauses auf die Gemeindeglieder verteilt, anstatt daß er, wie bisher, auf die Hausgenossen beschränkt bleibt. Der Minister regelt ferner gemäß das Anzeigensamt der Behörden — der Ausgleichsbehörde und des Mietungensamtes — derart, daß das Mietungensamt vor Festsetzung des Einzelzuschlags die Ablehnung der Ausgleichsbeihilfe festzustellen hat. Mit dem Einzelzuschlag sollen also nur solche Häuser belastet werden, deren wirtschaftliche Lage keine Inanspruchnahme des allgemeinen Fonds rechtfertigt.

Wählt dagegen die Gemeindebehörde für die großen Reparaturen den Weg der Pauschalabgeltung, so ist dieses Pauschal vom Mieter unmittelbar auf ein gelertes Konto zu zahlen. Die Abhebung vom Konto erfordert die schriftliche Zustimmung der Mieter oder Mietervertreter (erforderlich durch das Mietungensamt) und hat die Arbeiten und den Gelddruck genau zu bezeichnen. Die Gemeinde kann daneben einen Schlichter der Baupolizei über Notwendigkeit und Angemessenheit der beantragten Mittel und, wenn diese unzulänglich sind, über die Vordringlichkeit einer Arbeit fordern, und das Mietungensamt hat über die Vorwegnahme dieser Arbeit zu entscheiden. Bei der Mietungensamtsaufschlag kann der Zuschlag auf Hauskonto entweder als ausschließliches Aufkommen für die großen Reparaturen gewährt werden oder neben dem Ausgleichsfonds. Mithin sind die vier Möglichkeiten: 1. Haus-

Als große Instandsetzungen rechnen nach der Verordnung auch die Abwehr der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche eines Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses sowie die von der Hausfläche abhängigen Arbeiten.

Die Vorbereitung der Haager Hauptkonferenz

Vor der Ankunft der Russen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 21. Juni.

Das Ergebnis der heutigen Sitzung der Konferenz ist das erwartete. Minister van Karnebeek wurde Ehrenvorsitzender der Konferenz und übergab den Vorsitz dem einstimmig gewählten Präsidenten, der den Vorsitz in der Hauptkonferenz führen wird. Vizepräsident wird der Belgier Carlier. Den Vorsitz in der Unterkommission für die Eigentumsfrage führt Sir Philippe Lloyd George, den der Unterkommission für die Schulden der Franzosen Edward, den der Unterkommission für die Kredite der Italiener Baron Azezzano. Der Verkehr mit den Russen ist folgendermaßen geregelt. Bei ihrer Ankunft wird ausschließlich Kontakt mit ihnen in offiziellem Verkehr treten. Es wird weiter gemeldet, daß die Russen Gegenkommissionen zu den von den Mächten aufgestellten Kommissionen bilden und ihre beiderseitigen Vordringenden dann laufend in direkte Fühlung miteinander treten. Auf die Frage eines holländischen Delegierten wurde erwidert, daß eine offizielle Antinöndigung der russischen Delegation noch nicht vorliegt. Ergänzend teilt aber das Generalsekretariat mit, daß Wohngelegenheiten durch ein gestern abend eintraffenes Telegramm und zwar für Litwinow, Kowloff, Kreszinski, Krasin, Sokolnikow, bestellt wurden. Morgen werden die Unterkommissionen Vorbesprechungen abhalten. Ihre Aufnahmefähigkeit wird heute nachmittags bekanntgegeben.

Zur Dauer der polnischen Kabinettskrise.

Der Machtkampf zwischen den Rechtsparteien und Wladislaw.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 21. Juni.

Die Regierungskrise in Polen dauert weiter und vermindert sich wenig. Die Bemühungen des vom Parlamente bestimmten Ministerpräsidenten Pzanoski, ein Kabinett zustande zu bringen, sind vorläufig zum Stillstand gekommen. Der Grund liegt darin, daß, wie anfangs die nationalistischen Rechtsparteien Wladislaw mit formalem Scheitern verknüpfen, ohne Zustimmung des Parlaments eine neue Regierung zu ernennen, so jetzt Wladislaw Freunde die Rechtschaffenheit verknüpfen, ohne Zustimmung Wladislaw den Kabinett Pzanoski zum Leben zu verhelfen, das übrigens aber Wladislaw selbst nach nur im Pzanoski-Kabinett ohne Pzanoski werden würde. Die neuen formalen Schwierigkeiten sind nicht uninteressant; der

von den Rechtsparteien durchgeführte Beschluß des Parlaments besagt, daß es den Ministerpräsidenten ernannt, sofern Wladislaw auf die Initiative verzichtet oder mit seinem Kandidaten nicht die Zustimmung der Parlamentsmehrheit findet. Infolgedessen hat Wladislaw lediglich die Ernennung Pzanoski zur Kenntnis genommen, während dieser und die Parteiführer einen halben Tag lang ungeduldig auf Wladislaw's Defekt warteten, das Pzanoski's Abtritt in der Kabinettbildung beauftragt. Endlich gab der Präsident des Parlaments von sich aus Pzanoski den Auftrag, mit der Bildung des Kabinetts zu beginnen und deshalb mit dem Parteienführung zu nehmen. Diese Arbeit hat eine plötzliche Unterbrechung durch einen Dringlichkeitsantrag der Sozialisten erfahren, der darauf hinweist, daß nur der Staatschef Wladislaw verfassungsmäßig den Auftrag zur Kabinettbildung erteilen könne, doch also das fürzlich von den Rechtsparteien durchgeführte andere Verfahren der Verfassung, und zwar der provisorischen ebenso wie der endgültigen, widerspreche. Erst am Freitag wird über das Schicksal dieses Antrages entschieden werden, und man kann mit Spannung erwarten, ob die Wladislaw's feindlichen Rechtsparteien auch dann wieder durch Erbringung der Mehrheit ihren Sieg über Wladislaw im Kampf um die Macht werden bestreiten können.

Ende des Bürgerkrieges in China?

(Telegramm.)

Washington, 20. Juni. (W. L. B.)

Der amerikanische Gesandte in Peking hat dem Staatsdepartement dringlich mitgeteilt, daß die Generale Wupeifu und Zhang Xifou in einem Uebereinkommen gelangt sind, das wahrscheinlich den Bürgerkrieg beenden wird.

Verhandlungen mit dem Garantiefomitee.

Savenstein beim Reichsanstler.

* Heute mittag 12 Uhr empfing der Reichsanstler den Reichsbankepräsidenten Savenstein, um mit ihm über die finanzielle Situation zu beraten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die finanziellen Fragen erörtert, die sich aus den Verhandlungen mit dem Garantiefomitee ergeben.

Wie wir hören, werden die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee heute nachmittag beginnen. Die Beratungen dürften sich nicht im Rahmen großer Sitzungen abspielen; sie werden wahrscheinlich von den einzelnen für die betreffenden Probleme zuständigen Mitgliedern des Garantiefomitees geführt werden. Wie lange die Verhandlungen dauern werden, ist im Augenblick noch nicht festzumachen zu sagen.

Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering)

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva	M.	1921	M.	1920
Grundstück Berlin	810 437,50		854 282,50	
Grundstück Charlottenburg	506 120,50		220 736,70	
Grundstück Eberwalde-Heegermühle	808 268,33		808 268,33	
Gebäude Berlin	600 868,54		600 868,54	
Gebäude Eberwalde-Heegermühle	480 234,54		480 234,54	
Abrechnung	332 942,11		332 942,11	
Gebäude Charlottenburg	600 868,54		600 868,54	
Abrechnung	888 941,11		888 941,11	
Gebäude Eberwalde-Heegermühle	2 444 770,11		2 444 770,11	
Maschinen und Apparate	2 444 770,11		2 444 770,11	
Zugang	568 164,00		568 164,00	
Abrechnung	568 164,00		568 164,00	
Fabrik-Umsätzen	60 001 709,96		1 738 512,90	
Dahlrose	240 926,00		240 926,00	
Kasse	421 373,92		421 373,92	
Vorräte	25 465 143,50		25 465 143,50	
Versicherungen im Voraus	65 813,96		65 813,96	

Passiva	M.	1921	M.	1920
Aktienkapital	2 000 000,00		2 000 000,00	
Vorrückstellungen	2 000 000,00		2 000 000,00	
Reservefonds (gesetzlich)	7 844 618,18		7 844 618,18	
Extra-Reservefonds	979 640,00		979 640,00	
Erneuerungsfonds	70 000,00		70 000,00	
Dahlefelderfonds	34 000,00		34 000,00	
Werkverhaltung	48 000,00		48 000,00	
Patentversicherungen	45 299,27		45 299,27	
Nicht erhebene Dividenden	290 154,14		290 154,14	
Kreditoren	11 740 845,73		11 740 845,73	
Vortrag aus 1920	11 459 197,83		11 459 197,83	
Belegewinn	11 459 197,83		11 459 197,83	

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1921.

Gehobt	M.	M.
Gebäude Berlin	808 268,33	
Gebäude Charlottenburg	600 868,54	
Gebäude Eberwalde-Heegermühle	808 941,11	
Abrechnung	2 444 770,11	
Maschinen und Apparate	2 444 770,11	
Abrechnung	568 164,00	
Fabrik-Umsätzen	5 000 272,19	
Abrechnung	1 271 279,11	
Restanten und Arbeitslohn	48 000,00	
Falonsener-Reserve	8 149 957,66	
Handlungsanwärtinnen	290 154,14	
Vortrag aus 1920	11 459 197,83	
Belegewinn	11 459 197,83	

Kreis.

Zinsen und Skonti	M.	M.
Vortrag	290 154,14	
Zinsen und Skonti	17 482,86	
Fabrikation	25 668,00	
	27 124 544,00	

Berlin, den 31. Dezember 1921.

Der Aufsichtsrat: E. G. Oster, Vorsitzender.

Der Vorstand: Dr. O. Antrick, Dr. W. Zeltz, Dr. Weltzien.

Vorstehende Bilanz sowie des Gewinn- und Verlust-Konto haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft übereinstimmend befunden.

Berlin, den 23. Mai 1922.

Die Revisions-Kommission:

Hans Hinz u. Oskar Zwickau, öff. angez. bestidigt. Buchrevisoren.

Die Auszahlung der für 1921 festgesetzten Gewinne erfolgt mit:

35 % = M. 390,- gegen Gewinnanteilschein der Stammaktion

4 1/2 % = M. 45,- gegen Gewinnanteilschein der Vorkursaktion

5 % = M. 50,- gegen Gewinnanteilschein der Vorkursaktion Lit. B.

Von heute an bed.

Mitteldeutsche Creditbank, Berlin O. Burgstrasse 24.

Hardy & Co., G. m. b. H., Berlin W. 9, Markgrafstr. 10/11.

In der ordentlichen Generalversammlung vom 14. Juni 1922 sind nachstehend genannte Herren neu in den Aufsichtsrat unserer Gesellschaft gewählt worden:

Herr Ludwig Katzenellenbogen, Berlin.

Herr Kommerzienrat Dr. Walter Sobernheim, Berlin.

Herr Direktor Erits Katzenellenbogen, Berlin.

Berlin, den 14. Juni 1922.

Der Vorstand: Dr. O. Antrick, Dr. W. Zeltz, Dr. Weltzien.

Dr. O. Antrick, Dr. W. Zeltz, Dr. Weltzien.

Reparationskommission

(Bureau de Liquidation du Matériel de Guerre)

BERLIN SW. 11

Prinz-Albrecht-Str. 9.

Die obgenannte Kommission hat zeitweise grössere Posten

Stahl und Eisen

und andere Metalle

sowie verschiedene

Kriegsmaterial

zu verkaufen.

Auskünfte, betr. verlässliches Material, erteilt das Empfangsbureau der Reparationskommission.

Für Berlin nur mündliche Auskünfte daselbst.

Herren-Anzüge

u. Schieber, ge. Stoffe in

Detail-erz. ordnungsgem. Konfektion

Graniendurgstr. 44, Tel. 9. Nord. 654

Wolladressbuch, 1920, gut

erhalten, abzugeben

Paul Langet,

Brage Str. 12, Schöneberg 226.

Patentmandoline, wunderbar

gute Klang, Preis 10,-

abzugeben, abzugeben

Geisenbeitz, G. m. b. H.,

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Geisenbeitz-Str. 11, Berlin

Maldenwerke Aktiengesellschaft in Freiburg i. S.

Berücksichtigung

Die ausserordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 20. Mai 1922 hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von Mk. 20.000.000, um Mk. 60.000.000, durch Ausgabe von 600.000 neuen auf den Inhaber lautenden Aktien über die Mk. 100,- unter Ausschuss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu erhöhen.

Es gelangen **Stück 50.000,- Stamm-Aktion** und **Stück 2.000,- Vorkurs-Aktion** zur Ausgabe.

Die neu ausgegebenen Aktien, welche für das laufende Geschäftsjahr halbe Dividendenberechtigung erhalten, sind von einem Konsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, den alten Aktionären einen Teil der Stamm-Aktion in der Weise zum Bezuge anzubieten, dass auf Mk. 100,- Neuwert alte Aktien - sowohl Vorkurs-Aktion wie Stamm-Aktion - Mk. 100,- Neuwert junge Stamm-Aktion zum Kurse von 100 % bezogen werden können.

Nachdem der Erhöhungsbeschluss sowie seine Durchführung am 18. Juni 1922 in das Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir die Aktionäre vornehmend, sich mit dem Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Anmeldungen zur Ausübung des Bezugsrechtes haben bis zur Vermeidung des Ausschlusses am 14. Juni 1922 bis einschliesslich 3. Juli 1922 in Berlin bei dem Bankhaus G. Loewenberg & Co., Unter den Linden 8, in Bonn bei dem Bankhaus Stahlschmidt & Co., in Chemnitz bei dem Bankhaus Bankverein, in Dresden beim Chemiker Bankverein, in Freiburg bei dem Chemiker Bankverein, in Hamburg bei dem Handelsbank-Konsortium, in Neustadt i. S. am Handelsbank-Konsortium während der jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar provisionsfrei, sofern die alten Aktien, nach der Nummernfolge geordnet, ohne Dividendenberechtigung mit einem doppelt ausgereichtem Anmeldebogen, worin Formulare bei jeder genannten Stelle erhältlich sind, eingetragen sind.
- 2. Soweit die Ausübung im Wege der Korrespondenz erfolgt, muss die Besorgung des öffentlichen Bezugsprovision in Anrechnung bringen.
- 3. Die Aktienkunden, für welche das Bezugsrecht ausgedehnt wird, werden abgestempelt zurückgegeben.
- 4. Der Bezugspreis für die neuen Aktien ist bei der Anmeldung in Höhe von 100 % = Mk. 100,- für jede Aktie zuzüglich Schlusskuponen einzurechnen.
- 4. Über die geleistete Einzahlung wird Quittung erteilt.
- 5. Die Aktienkunden über die neuen Aktien werden bei derjenigen Stelle, bei welcher die Einzahlung geleistet ist, nach Fertigstellung der Quittung und Rückgabe der Kassenzugung über die Einzahlung ausgedehnt.
- 6. Die Vermittlung des An- und Verkaufs der Bezugsrechte einzelner Aktien übernehmen die Anmeldestellen.
- 7. Formulare für die Anmeldungen sind bei den obgenannten Stellen kostenfrei erhältlich.

Freiburg, den 14. Juni 1922.
Maldenwerke Aktiengesellschaft.
Hentschel.

Abhilfe 2000 amerikan. Gummitüten, Gleitungsdecken

Mit 3500,- pro Stück

an Rollen, durch die Gummifäden gegen rutschigen Gütern, Wägen etc.

J. L. 1461 an Rudolf Hoffe, Berlin SW 19.

Grossisten! Exporteure!

Wir liefern ab Lager:

10000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

2000 Kistenparquet

Ich habe meine Büro- und Lagerräume sowie mein neu

errichtetes Schmelzwerk nach

Berlin NW. 40, Heidestraße 14

verlegt.

Telefon Amt Hansa 1835, 1836, 1837.

Telegr.-Adresse: Metallkoppel, Berlin.

Joachim Koppel

Berlin NW. 40, Heidestraße 14.

Ich kaufe:

Weissmetall- u. Zinnlegierungen, neue Zinkblechabfälle,

Cadmiumbleche, Messingbleche, Rundermass, Messing-

rohre, Kupferbleche, sowie sämtliche isolierten Kupfer-

Aluminium- u. Zinkleitungen, sowie sonstige Metallabfabrikate.

Ich habe abzugeben an Selbstverbraucher:

Kupferbleche, Kupferrohre, Zinkbleche, Rundermass,

Lötzin, Weissmetall sowie alle sonstigen Alt- u. Neumetalle

Dieselmotoren

2 1/2 bis 30 PS, 1 1/2 bis 400 PS,

mit oder ohne Wasserpumpe, 50/60PS

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe

mit Wasserpumpe, 50/60PS mit Wasserpumpe